

sion als Männer.

Ein unhaltbarer Zustand, sagen viele Fachleute und Politikerinnen seit Jahren.

Das automatische Pensionssplitting könnte hier etwas Abhilfe schaffen. Bisher gibt es das nur freiwillig.

Konkret: Seit 2005 können bis zum siebenten Lebensjahr des Kindes die Pensionsbeiträge *freiwillig* zwischen Mutter und Vater des Kindes aufgeteilt werden (in der Regel: bis zu 50 Prozent der Beiträge des Mannes).

### Erst 1.300 Fälle

Genutzt wird das freiwillige Splitting jedoch kaum. Das liegt unter anderem daran, dass das Modell wenig beworben wurde und nahezu unbekannt ist. Seit 2010 gab es nicht einmal 1.300 Anträge.

Nun will die Volkspartei einen Schritt weitergehen und bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes ein *verpflichtendes* Pensionssplitting einführen. Als Vorbild galt in der Vergangenheit stets die Schweiz.

Das Modell bei den Eidgenossen, eingeführt schon im Jahr 1998, ist recht simpel: Beide Elternteile werden in der Zeit der Karenz beim Pensionsanspruch zusammengezählt, dann wird halbiert.

Das bedeutet: Der Mann zahlt in der Zeit der Karenz einen Teil seiner Pensionsbeiträge auf das Pensionskonto der Frau ein – ihre Pension steigt dadurch. Die Schweizer Erfahrungen sind positiv, die Pensionslücke zwischen Männern und Frauen konnte erheblich verringert werden.

Die Reaktionen auf den ÖVP-Vorstoß sind dennoch gemischt. Aufgrund der langen Debatte hält etwa Neos den Vorstoß der ÖVP für einen „Wahlkampfschmäh“.

# „Türkis-blaues Durchschummeln“

**Pensionsexperte.** Bernd Marin über Reformbedarf, Luxus pensionen und alte Wohlfühlpolitik

**KURIER:** Wie steht es um das Pensionssystem?

**Bernd Marin:** Unverändert. Kein akuter Alarm. Aber es ist nicht nachhaltig: Bis Ende des Babyboomer-Ruhestands 2034 gibt es ernste Turbulenzen und Krisen. Bis dahin gehen 1,9 Millionen Menschen in Pension. Daher sind Reformen jetzt nötig.

**Warum hört man – vielleicht mit Ausnahme der Neos – im Wahlkampf nichts über nötige Reformen?**

Fragen Sie bitte die verantwortlichen Parteifunktionäre und Regierungsanwörter! Das Fehlen des nötigen Fast-Allparteienkonsenses wie in Schweden und der Schweiz ist brandgefährlich. Mit jedem Dodel-Thema kann man mehr Stimmen fangen und weniger riskieren als mit komplexen Existenzfragen, obwohl Pensionen den Großteil der Sozialausgaben und jedes Jahr weit über eine Hypo-Alpe-Adria an Zuschuss verschlingen – auf Kosten von Investitionen und Zukunft, Standort, Klima, Jugend, allem.

**Die Pensionen wurden zuletzt kräftig erhöht. Gerecht, ungerecht, nur der Wahl geschuldet?**

Für 2020 wurde fortgesetzt, was nicht erst 2017 begonnen hat. Das war jetzt teurer als im Wahlkampf 2017, aber weniger exzessiv

als die milliardenschweren Wahlzuckerln 2008. Umverteilung ist nicht ungerecht, aber derzeit ungesetzlich. Man könnte das leicht umverteilende Stufenmodell legalisieren, statt regelmäßiger Gesetzesverletzungen durch willkürliches Ermessen und neofeudales Gaben-Verteilen nach „Guts-herrenart“. Das Grundproblem bleibt bestehen: Österreich ist bei der Erstpension viel zu großzügig, bei der jährlichen Pensionsanpassung viel zu kleinlich.

**Wie das?**

Zu großzügig, weil die Leistungsversprechen durch die Pensionsbeiträge nicht annähernd gedeckt sind. Und viel zu kleinlich, weil Rentner längerfristig immer weiter hinter die Wirtschaftsentwicklung zurückfallen – der Durchschnittspensionist kriegt nicht einmal die Teuerung abgegolten. Das führt tendenziell Richtung Grundversorgung und Volkspension und weg von der viel beschworenen Lebensstandardsicherung und Beitragsgerechtigkeit.

**Sie kritisieren seit Langem die Luxus pensionen bei Nationalbank & Co. Hat Türkis-Blau dieses Problem in den Griff bekommen?**

Leider keineswegs. Türkis-Blau hatte zwar „eine konsequente und nachhaltige Abschaffung aller noch verbliebenen Pensionsprivilegien“ und „im Gegenzug“



**Bernd Marin: Pensionen brauchen Zuwanderung**

bessere Wertsicherung für alle im Ruhestand begonnen. Das ist sehr enttäuschend, aber ist es erstaunlich? Günstlinge der Parteibuchwirtschaft mit Sonderpensionen bleiben völlig verschont. Dagegen wurden die viel gepriesenen „Fleißigsten“, die über das reguläre Pensionsalter hinaus weiterarbeiten, von ihren hohen „Einbußen“ nicht befreit. Es gibt weder den versprochenen „Entfall der Beitragspflichten“ noch die „Änderung des Prozentsatzes bei der Korridor pension bei längerem Arbeiten“ und andere Versprechen.

**Welche Herausforderungen kommen im Pensionsbereich auf die künftige Regierung zu?**

Die To-do-Liste ist seit allzu Langem unverändert: Sie reicht von mehr Jobs für die unterbeschäftigten Randgruppen der jungen und älteren Erwerbstätigen über die raschere Harmonisierung der Beamten und Stopp der Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst bis hin zum Verklei-

nern des Gender-Pensions-Gaps. Derzeit bekommen Frauen um mehr als 40 Prozent weniger Pension als Männer. Ein Dauerbrenner bleibt auch das weitere Anpassen des faktischen und des gesetzlichen Eintrittsalters an die Langlebigkeit – idealerweise automatisch um ein bis zwei Monate jährlich. Und wie versprochen die „sofortige“ Beendigung der kalten Progression und privilegierter Luxus- und Sonderpensionen.

**Ihre Bilanz der letzten Regierung?**

Statt „Zeit für Neues“ gab es uralte Pensionspolitik – Türkis-Blau hat viele rote Positionen gegen traditionell schwarze übernommen und eine Wende rückwärts vollzogen. Die ÖVP und die FPÖ haben stimmenmaximierend Rechtsaußenpositionen zu Migration und Europa mit populärer traditionell linker „Wohlfühl“-Politik bei Pflege und Pensionen kombiniert. Die Kurz-ÖVP und die FPÖ stehen für türkis-blaues Durchschummeln, Ernst Jandls „lechts und rinks“. Kurz sagt – im Gegensatz zu früher und zu seinem langjährigen Berater und Bildungsminister Heinz Faßmann –, „die Pensionen sind sicher ... wenn wir das System vor zu viel Zuwanderung schützen“; wohl wissend, dass das Gegenteil wahr ist und selbstverständlich weiter sein wird.

nek. Ihr Nachsatz: „Männer und Frauen gegeneinander auszuspielen, indem man den Männern etwas wegnimmt, ist aus Sicht der FPÖ eindeutig der falsche Weg.“

Neos ist hingegen klar für das Splitting der Pensionsbeiträge, ärgert sich aber über die ÖVP, weil es die Idee für sich reklamiert. Die pinken Anträge seien bisher stets abgelehnt worden. „Plötzlich kommt mitten im Wahlkampf die große Erleuchtung und ein Einsehen? So viel Dreistigkeit ist nicht zu fassen“, schimpft Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker. Er erinnert: „Während die Schweiz dieses automatische Pensionssplitting schon seit vielen Jahren kennt, geht in Österreich nichts weiter.“

**SPÖ: Freiwillig reicht**

Ähnlich der FPÖ kann sich auch die SPÖ nicht mit dem ÖVP-Vorschlag anfreunden.

Das freiwillige Splitting ist nach Auffassung von SPÖ-Frauenchefin Gabriele Heinisch-Hosek ausreichend. Ein automatisches Pensionssplitting würde hingegen den ersten Schritt zum Familiensplitting darstellen, also die Abhängigkeit der Frau vom Mann erhöhen. Außerdem befürchtet Heinisch-Hosek, dass das verpflichtende Pensionssplitting vor allem den höheren Einkommensschichten zugutekommt und kein wirklich geeignetes Mittel gegen Frauenarmut darstellt.

Sie hält die roten Forderungen dagegen: eine Mindestpension von 1.200 Euro unter Anrechnung der Kindererziehungszeiten, den Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuung und einen Rechtsanspruch auf den Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit.